

Die Ostsee – ein geopolitischer Brennpunkt

RHEINE. „Die Ostsee ist ein geopolitischer Brennpunkt. Europa muss sich gut positionieren, um in der sich verändernden Weltordnung zu bestehen.“ Dies war eine der Kernthesen von Johannes Peters, Abteilungsleiter Maritime Strategie und Sicherheit am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.

Auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und des Gymnasiums Dionysianum beschrieb der ausgewiesene Sicherheitsexperte vor rund 140 Zuhörern, darunter rund 70 Schülerinnen und Schüler, zunächst die aktuellen Rahmenbedingungen, unter denen er als Wissenschaftler den Ostseeraum betrachtet: Die Welt befindet sich in einer Phase der Neustrukturierung, Autokratien bedrohen die Demokratie, internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen sind geschwächt, das Völker-

recht leidet an einem Bedeutungsverlust und die weltweite, allgemeine Kriegsfahrt nimmt zu, heißt es in einer Pressemitteilung.

Was bedeutet dies für Europa und Deutschland? Bisherige Partner und Verbündete sind keine Garantie mehr für unsere Sicherheit. Europa und die EU werden von den USA zunehmend als ökonomische Gegenspieler betrachtet. Eine „Amerika First“-Politik akzeptiert die Aufteilung der Welt in Interessen- und Einflusszonen und handelt sprunghaft – eine abgestimmte Strategie ist nicht zu erkennen.

Russland bedient dieses Trump'sche Weltbild und versucht seine sich daraus ergebenden Chancen in Europa zu nutzen und Einfluss zu gewinnen. Die Auseinandersetzung mit Russland hat schon begonnen. Europa befindet sich zwar nicht im Krieg mit Russland, aber

auch nicht mehr im Frieden. Eine gezielte russische Informationskriegsführung mit Maßnahmen unterhalb der Schwelle zum bewaffneten Konflikt zielen derzeit auf eine politische Destabilisierung Europas ohne direkte Gewaltanwendung, referierte Johannes Peters.

Welche Bedeutung hat die Ostsee – eigentlich ein vergleichsweise kleines Binnenmeer – unter diesen Bedingungen für Europa? Für die westlichen Staaten ist die Ostsee der wesentliche Handelsweg zu den baltischen Staaten und zu den neuen NATO-Mitgliedern Schweden und vor allem Finnland. Eine Versorgung dieser Staaten in Kriegs- oder Krisensituationen ist fast nur über die Ostsee möglich. Gleiches gilt für die Versorgung der Oblast Kaliningrad aus russischer Sicht. Daher operieren sowohl westliche Marinen und die russische Marine hier in-

tensiv. Neben der russischen Marine sind aber auch seit Jahren zunehmend Schiffe aus der russischen Schattenflotte in der Ostsee aktiv. Peters machte deutlich: „Die Ostsee ist auch mit Schweden und Finnland kein NATO-Meer. Russische Schiffe fahren in den internationalen Gewässern der Ostsee und dieses in Übereinstimmung mit den internationalen Regeln.“

Während aber vor Jahren fast niemand seine Aufmerksamkeit der Vielzahl der in der Ostsee verlegten Energie- und Datenleitungen widmete, bemerken wir immer häufigere russische Aufklärungsversuche über diese Leitungen und „zufällige“ Ankerwürfe von russischen zivilen Schiffen in der Nähe und an diesen Leitungen. Als Erklärung wird angeführt: „Schlechte seemännische Ausbildung und Führung dieser Schiffe.“ Mit häufigeren russischen Übungen, zum Teil auch gemeinsam mit chinesischen Marineeinheiten, wolle Russland seine Ansprüche auf, über und in der Ostsee verdeutlichen.

Peters führt dazu aus, dass „westliche Gesellschaften verunsichert, Ängste geschürt und Zweifel an der Handlungsfähigkeit und Kompetenz der westlichen Regierungen geweckt werden sollen.“

Welche Schlüsse zieht Peters daraus? Auf dem geopolitischen Schachbrett müsse Europa sich gut positionieren. Damit Europa nicht in der Bedeutungslosigkeit ver-



Johannes Peters, Abteilungsleiter Maritime Strategie und Sicherheit am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.

sinkt, müsse es geeint mit einer Stimme sprechen. Einzelne Staaten haben keine Chance sich auf Dauer politisch und wirtschaftlich als konkurrenzfähig zu erweisen. Europa muss die Chance nutzen, sich als verlässlicher Partner mit feststehenden Rechtsnormen, Werten und mit Einigkeit als starker wirtschaftlicher und politischer Block als Alternative zu autokratischen Staaten, und zum Teil auch zu den USA, als zukunftssträchtig und wirtschaftlich attraktiv darzustellen. Dazu müssen auch neue Allianzen zum Beispiel mit Lateinamerika, Afrika, Indien und den Golfstaaten geschmiedet werden. Auch wenn wir nicht alle geopolitischen Realitäten gerne sehen, der von uns gerne gehobene moralische Zeigefinger sollte nicht immer breit öffentlich ausdiskutiert werden.



140 Zuhörern, darunter rund 70 Schülerinnen und Schüler, folgten der Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und des Gymnasiums Dionysianum.

Fotos: privat